

DKFM. FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-6630 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/317-Pr.2/88

Wien, 17. Februar 1989

3119 IAB

1989 -02- 20

zu 3174/J

An den

Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1017 W i e n

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Klara Motter und Genossen vom 21.12.1988, Nr. 3174/J, betreffend Österreichisches Museum für Volkskunde, beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Das Museum für Volkskunde ist, wie in der Anfrage zutreffend dargelegt wird, kein Bundesmuseum sondern eine auf Vereinsbasis bestehende Einrichtung, die in dem der Gemeinde Wien gehörenden Palais Schönborn gegen einen Anerkennungszins eingemietet ist und vom Bund durch finanzielle und personelle Subventionen aus finanzgesetzlichen Ansätzen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, gefördert wird.

In Anbetracht der Entwicklung des Bundeshaushaltes und deren Auswirkung auf die gesamte Wirtschaftspolitik hat die Bundesregierung erklärt, zum Zwecke der mittelfristigen Budgetkonsolidierung unter anderem eine Kürzung bei den direkten Subventionen bis 1992 um ein Drittel vorzunehmen. Von dieser Maßnahme ist auch das Museum für Volkskunde betroffen. Unbeschadet dessen umfassen die diesem Institut durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung jährlich gewährten

- 2 -

Subventionen des Bundes nach wie vor den Betriebsaufwand in Höhe von rd. 2,5 Mio S und den Personalaufwand für 20 Personen in Höhe von rd. 5 Mio S. Daneben wurden in den letzten Jahren für die Innensanierung des Museums aus dem Budget des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung Bundesmittel in Höhe von rd. 8 Mio S aufgewendet.

Zu 2. - 5.:

Das Bundesministerium für Finanzen ist der Auffassung, daß auf Seiten der Stadt Wien an der Erhaltung des Museums für Volkskunde ein zumindest ebenso großes Interesse bestehen müßte, wie auf Seiten des Bundes. Im Hinblick darauf wurden in zwei der insgesamt fünf Verhandlungen, die das Bundesministerium für Finanzen im Jahre 1988 mit Organen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und mit Vertretern des Museums zwecks Lösung der bestehenden Finanzierungsprobleme geführt hat, auch Organe der Stadt Wien eingebunden. Von dieser Seite wurde zwar das Interesse am Weiterbestehen des Museums betont, eine Entscheidung über eine allfällige finanzielle Beteiligung bzw. eine Erklärung der Stadt Wien, zum Betrieb des Museums oder zu dessen Innensanierung finanziell beizutragen, liegt jedoch noch nicht vor.

Da auch ich eine diesbezügliche stärkere Beteiligung der Stadt Wien für unabdingbar halte, werde ich mich in Gesprächen auf politischer Ebene bemühen, die Bereitschaft zu einer solchen Mitbeteiligung zu erwirken.

H. P. Radlmaier